

ein Schritt zur Wiedervereinigung sei. Und es zeigte sich, daß auch bei diesen leitenden Funktionären nicht immer der Klasseninhalt der nationalen Frage der Ausgangspunkt ihrer Überlegungen war. Erst als man davon ausging, war bald klar, daß das Passierscheinabkommen lediglich zeigt, was unter den gegenwärtigen Bedingungen an Schritten zur Verständigung und Zusammenarbeit zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Westberlin möglich ist. Es wurde erkannt, daß eine Bejahung des Passierscheinabkommens als Schritt zur Wiedervereinigung die Illusion nähren würde, mit den jetzigen herrschenden imperialistischen und militaristischen Kräften in Bonn könne die nationale Frage gelöst werden. Gerade das Gegenteil ist richtig: Die Überwindung ihrer Herrschaft durch die Werktätigen Westdeutschlands ist eine entscheidende Voraussetzung zur Sicherung des Friedens und zur Lösung der nationalen Frage.

Von dieser in der Arbeitsgruppe geschaffenen politisch-ideologischen Klarheit gingen wir bei der darauffolgenden differenzierten Anleitung der Sekretäre der Schulparteiorganisationen aus und stellten diese Problematik ebenfalls offensiv zur Diskussion. Die Beratungen zeigten, daß eine solche Methode richtig ist.

Überall dort, wo dann in dieser Art Mitgliederversammlungen vorbereitet und durchgeführt worden sind, zeigte sich eine große Aufgeschlossenheit der Genossen an der politischen Diskussion. Nicht unwesentlich für diese inhaltsreichen Mitgliederversammlungen ist die unmittelbare Hilfe gewesen, die eine Reihe von Mitgliedern unserer Arbeitsgruppe den Parteileitungen an Ort und Stelle gegeben hatte.

Wir können einschätzen, daß durch die Methode der Verbindung von konkreten Tagesfragen mit den Grundfragen ein Aufschwung in der ideologischen Arbeit unserer Grundorganisationen herbeigeführt werden konnte. Zahlreiche Parteisekretäre teilten uns mit, daß sie schon lange nicht solche interessanten und leb-

haften Mitgliederversammlungen hatten. Wir sehen deshalb unsere Aufgabe darin, diesen Weg, der uns auch durch den Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 23. Februar 1965*) gewiesen worden ist, fortzusetzen und Schritt für Schritt weitere Grundorganisationen zu einer solchen Arbeit zu befähigen.

Zielstrebige ideologische Arbeit führt zur besseren staatsbürgerlichen Erziehung

Es ist kein Zufall, daß dort die besten meßbaren Ergebnisse in der staatsbürgerlichen Erziehung der Schüler erreicht werden, wo eine zielstrebige und offensive Klärung der Grundfragen durch unsere Genossen erfolgt. So konnte die Grundorganisation der Erweiterten Oberschule 4 in Potsdam in ihrer Wahlberichtsversammlung einschätzen, daß die Halbjahresleistungen der Schüler im Vergleich zum Vorjahr besser geworden sind. Dieser Erfolg wurde erreicht, weil es die Genossen seit langem verstehen, unter allen Lehrern und Schülern systematisch an Hand konkreter Tagesfragen die Grundprobleme immer wieder zu erläutern.

Ein untrennbarer Bestandteil dieses Systems und gewissermaßen die ideologische Grundlage dafür ist der neue Lehrplan für Staatsbürgerkunde. Auf Initiative der Parteiorganisation wurde er in zwei Sitzungen des Pädagogischen Rates diskutiert. Nach gründlicher Vorbereitung und unter Einbeziehung vieler parteiloser Lehrer konnten theoretische und praktische Fragen über die Bedeutung des Marxismus-Leninismus für den Unterricht und für die außerunterrichtliche Arbeit behandelt und entsprechende Schlußfolgerungen gezogen werden.

Die Erfahrungen dieser und

anderer Parteiorganisationen lehren, daß die staatsbürgerliche Erziehung unserer Schüler keineswegs gradlinig, sondern sehr widerspruchsvoll verläuft. Das ist keine neue Weisheit; doch W'as meinen wir damit? Es zeigt sich, daß die größten Schwierigkeiten bei der sozialistischen Erziehung nicht in der Bestimmung des Inhaltes liegen, sondern darin, die ideologischen und theoretischen Voraussetzungen bei Genossen und Kollegen dafür zu schaffen. So ist das dialektisch-materialistische Denken bei nicht wenigen Lehrern und Erziehern noch ungenügend entwickelt. Ein anderes ideologisches Problem besteht darin, die Erkenntnis zu vermitteln, daß die staatsbürgerliche Erziehung ein großes Gemeinschaftswerk aller an der Erziehung unserer jungen Generation Beteiligten sein muß, so wie dies in dem Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungswesen festgelegt worden ist. Der Beschluß vom 23. Februar 1965 ermöglicht uns jetzt, in der Massenpropaganda sowie auch im Parteilehrjahr besser auf diese speziellen politisch-ideologischen Probleme einzugehen und unsere Arbeit dem-

*) „Für eine neue Qualität der politisch-ideologischen Arbeit mit den Menschen“; siehe „Neuer Weg“, Heft 7/65.